

DEMO

DAS SOZIALDEMOKRATISCHE
MAGAZIN FÜR
KOMMUNALPOLITIK

DEMO 11/12 2020
32 Seiten in
der Heftmitte



Erinnerung in den Kommunen
**Kann das
weg?**

Neue Innenstadt?

Was tun, um unsere Zentren zukunfts-fähig zu entwickeln?



© Albrecht Fietz | Pixabay



Unsere Innenstädte, nicht nur die Großstädte, sind mit vielen Herausforderungen der Digitalisierung konfrontiert. Der Online-Handel hat im Zuge der Corona Pandemie einen kräftigen Schub erhalten. Der Handelsverband Deutschland (HDE) rechnet mit bis zu 50.000 Geschäftsschließungen nach Auslaufen der Überbrückungshilfen.

Den Leerständen ist allein durch Neuvermietungen im klassischen Sinne nicht zu begegnen, es braucht neue Nutzungsformen, die Öffnung für neue Unternehmen und auch eine Standortberatung, die die neuen Entwicklungen erkennt.

Innenstädte sind die Herzkammern der Kommunen, in denen sich urbanes Leben abspielt: vom Einkaufen über kulturelles Erleben, das Kennenlernen von Innovationen bis zum sozialen Zusammenhalt kommt die Vielfalt der Stadt in den Zentren zum Ausdruck. Die Konzentration auf die Handels- und Einkaufsfunktionen der letzten Jahrzehnte macht jetzt auch deutlich, dass die Krise der Innenstädte nicht allein durch Neuvermietungen und verlängerte Überbrückungshilfen zu bewältigen ist, so hilf-

reich diese Maßnahmen aktuell auch sind.

Mit der Städtebauförderung hat der Bund ein Instrument, das sich mit 790 Millionen Euro jährlich auf Rekordniveau befindet. Um auf die aktuellen Entwicklungen zeitnah reagieren zu können, braucht es weitere Instrumente, um vor Ort besser wirksam werden zu können.

Vereinfachte Verfahren bei der Städtebauförderung können die Investitionsbereitschaft stärken, kommunale Vorkaufrechte und Zwischenerwerbe ermöglichen bessere Wege zur Nutzung von Leerständen.

Innenstädte der Zukunft müssen leicht und umweltfreundlich erreichbar sein. Mit der Unterstützung für den ÖPNV leistet der

Bund auch hier Hilfe in der Krise. Multifunktional nutzbare Gebäude statt klassischer Einkaufsstempel die Besuch einladen, ein angenehmes Stadtklima haben und die Multifunktionalität von Arbeiten, Wohnen und gesellschaftlichem Leben ermöglichen.

Wir müssen jetzt die Frage beantworten, was zu tun ist, wenn die Pandemie länger anhält als wir es uns vorstellen.

Leider hat die CDU/CSU-Fraktion die Verlängerung des Kündigungsmoratoriums im Sommer als „verfehltes Signal“ abgelehnt. Doch Bundesjustizministerin Christine Lamprecht arbeitet „mit Hochdruck“ an einer Klarstellung im Gewerbemietrecht. Coronabedingte staatliche Einschränkungen sollen regelmäßig als Störung der Geschäftsgrundlage bewertet werden, so dass Mieter auf dieser Grundlage eine neue Miet- oder Pachthöhe verhandeln können.

Fortsetzung auf Seite 2

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Corona-Pandemie hat uns weiterhin fest im Griff. Die einschränkenden Maßnahmen mussten wohl verlängert werden, vielleicht auch, weil sie zu spät angegangen wurden und der Sommer nicht für Planungen genutzt wurde. Auch wenn es zum Weihnachtsfest Lockerungen geben soll, die das Gefühl von Normalität suggerieren, niemand weiß, wie es dann sofort ab Anfang Januar weitergehen soll.

Die letzten Monate waren für die Menschen in unserem Land ein Kraftakt. Auch für die Politik in Bund, Land und vor Ort. Anstatt notwendige Sicherheit zu schaffen, werden die Kommunen seit Wochen von einer überforderten Landesregierung von einer Unsicherheit in die nächste getrieben.

Teilweise herrscht regelrechtes Verordnungs-Chaos. Ein Beispiel: Aufgrund hoher Infektions- und Verdachtsfälle innerhalb der Schulen, hatte die Stadt Solingen bereits Anfang November ein eigenes Schul-Modell mit partiellem Distanz-Unterricht entwickelt. Diesen „Solinger Weg“ kassierte Schulministerin Yvonne Gebauer mit dem Argument, dass dies dem gleichgerichteten Vorgehen innerhalb des Landes widerspreche. Alle sachlichen Argumente und vor-

allem die sehr angespannte Lage interessierten das Schulministerium in Düsseldorf nicht.

Das der „Solinger Weg“ der richtige gewesen wäre, ist vielerorts nun sichtbar: Viele Schulen haben den Distanz-Unterricht aufgrund der nicht mehr beherrschbaren Zahlen wieder aufnehmen müssen. Hier stellt sich die Frage an die gesamte Landesregierung: Was hat die Landesregierung zur Vorbereitung auf die zweite Welle vor, während und nach den Sommerferien eigentlich gemacht? Hat sie nichts aus den Erfahrungen des ersten Lockdowns im Frühjahr gelernt?



© Stadt Solingen | Carina Metz

Seien wir gespannt, ob der „Solinger Weg“

nicht bald für den Großteil von Schulen in Deutschland gelten wird.

Die spontan vorgezogenen Weihnachtsferien bringen sicherlich etwas Ruhe in die Schullandschaft, dafür berufstätige Eltern in Schwierigkeiten. Zumindest wurde diese Maßnahme längerfristig angekündigt und es kann sich darauf eingerichtet werden.

Die Weihnachtstage stehen nun vor der Tür. Der Advent und Weihnachten werden anders sein – der Jahreswechsel wird sehr leise. Dennoch wünsche ich uns allen ein erholsames Weihnachtsfest und einen guten Start ins neue Jahr. Und bitte: bleibt gesund!

Euer Frank Baranowski
Vorsitzender der SGK NRW

Schub für die Energiewende

Die Novelle des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) beschäftigt derzeit die Koalitionspartner im Bund. Nicht nur die SPD ist mit dem vorgelegten Gesetzentwurf von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier unzufrieden und fordert zum Teil radikale Nachbesserungen.

Das von der SPD entwickelte Konzept sieht weitreichende Änderungen bis zur Abschaffung der EEG-Umlage und Umsteuern auf den CO₂-Preis, Erhöhung der Stromsteuer und Abbau klimaschädlicher Subventionen vor.

Bürgerinnen und Bürger sowie die Kommunen sollen durch Beteiligungsmodelle und Grün-Strom-Anleihen stärker an der Wertschöpfung beteiligt werden.

Darüber hinaus sind zwei Themen von großem kommunalpolitischen Interesse: wie können wir die Stromproduktion durch mehr Solarenergie verbessern und wie können wir das kommunale Interesse daran erhöhen?

Neben der Entbürokratisierung und Befreiung von Abgaben auf erneuerbare Energien zu Gunsten von Energieverbrauch und gemeinschaftlicher Energieversorgung, gibt es den Vorschlag, öffentliche Gebäude und geeig-

nete Dächer im Neubaubereich verpflichtend mit Solaranlagen zu versehen.

Soll es eine Solarpflicht für Dächer auf privaten Neubauten geben?

Ein ebenso spannendes Thema ist die kommunale Beteiligung am Windenergieausbau.

Die SPD will durch eine stärkere wirtschaftliche Beteiligung der Kommunen den Ausbau der Windenergie befördern. Dabei ist daran gedacht, dass Windenergiebetreiber eine leistungsabhängige Abgabe an die Kommunen zahlen müssen. Im Gesetzentwurf des Bundeswirtschaftsministers ist diese Forderung allerdings in eine „kann“ – Regelung abgeschwächt worden. Dagegen protestieren unter anderem auch die kommunalen Spitzenverbände.

Im Vorschlag der SPD wird von einer Größenordnung von 0,02 Cent pro Kilowattstunde gespro-



© Alfred Derks | Pixabay

chen. Eine Einnahme, die für die Kommunen sehr lukrativ sein kann, weil sie nicht in die Berechnungsgrundlagen der Kreisumlage fließen würde.

Die SPD will die Energiewende mit Entschlossenheit und sehr konkreten Schritten nach vorne bringen. Ganz sicher auch eine Thema für die kommunalpolitische Auseinandersetzung vor Ort.

brauchen wir Konzepte, die unsere Städte zu mehr Stabilität und höherer Resilienz bringen – gegen Pandemien, gegen Klimawandel, gegen digitale Verletzlichkeit auf der einen Seite und zur Bewältigung der Transformation, also der digitalisierten Zukunft auf der anderen. Dabei verstehen wir die Stadt als eine zutiefst soziale Veranstaltung und die Innenstadt nicht einfach als Renditeobjekt.

Mit dem kommunalen Solidarpakt 2020, mit der Übernahme der Gewerbesteuerausfälle der Kommunen in Höhe von 12 Milliarden Euro, mit der dauerhaften Entlastung von Sozialausgaben von rund 3,5 Milliarden pro Jahr werden Handlungsfähigkeit und Investitionskraft unterstützt.

Teil der Städtebauförderung sind 300 Millionen Euro für lebendige Zentren, Maßnahmen zur Begrenzung des Klimawandels bis zur Stärkung der interkommunalen Zusammenarbeit.

Auch die mehrere hundert Millionen Euro betragenden Mittel für die Konzepte zur Smart City schaffen einen neuen Schub. Immer sind die innerstädtischen Akteure

Haus aus dem Drucker

Das erste, 3-D gedruckte Wohnhaus Deutschlands brachte die Stadt Beckum im Kreis Warendorf international in die Schlagzeilen.

Seither sind viele Besucherinnen und Besucher an der Baustelle gewesen und wollen sich einen Eindruck von diesem Zukunftsprojekt verschaffen. Schicht um Schicht werden aus der Düse des 3-D Dru-



ckers mit Spezialmörtel die Wände des zweigeschossigen Einfamilienhauses hochgezogen. Der Drucker schafft etwa einen Quadratmeter in 5 Minuten.

Initiatoren und Gesellschafter der „Haus3D Druck“, Georgios Staiikos und Victor Weigandt sind zuversichtlich, dass das Gebäude im März fertig gestellt sein wird.

Für die Wohnungsbaupolitik und die Baubranche ist das Projekt natürlich von höchstem Interesse, weil sich die Frage stellt, inwieweit diese Bauweise zukunfts-



fähig ist und wann der Weg zur Marktreife und Serienfertigung beschritten werden kann.

Gemeinsam mit dem Mitglied der SPD-Kreistagsfraktion, Karsten Koch, hat SGK-Landesgeschäftsführer, Bernhard Daldrup MdB, das Projekt besichtigt und war beeindruckt: „Eines kann man jedenfalls nach der Baustellenbesichtigung feststellen: es ist ein sehr mutiges Projekt, von dem die Bauwirtschaft und sicherlich das Handwerk wie auch die Ausbildungs- und Weiterbildungseinrichtungen eine Menge lernen können.“

Fortsetzung von Seite 1

Neue Innenstadt?

Was tun, um unsere Zentren zukunftsfähig zu entwickeln?



© Dimitris Veisikos | Pixabay

Die SPD hofft, dass sich der Koalitionspartner angesichts der schwerwiegenden Entwicklung nicht mehr verweigert.

Banalisation und Filialisierung, Verdrängung des ortsspezifischen Einzelhandels, die Leerstandsproblematik, die Flucht auf die grüne Wiese und vieles andere mehr, sind nicht durch Corona verursacht worden, aber die Pandemie wirkt wie ein Brandbeschleuniger der Entwicklung.

Es geht dabei nicht in erster Linie um einzelne Grundstückseigentümer, sondern vielmehr um die immer dominanter werdenden Immobilienfonds, die zur Lösung des Problems beitragen müssen, weil sie selbst Kernbestandteil des Problems sind. Statt Erwartungen von 30 Prozent oder mehr Renditen zu pflegen, sollten sie jetzt konkret helfen!

Zwar brauchen die Innenstädte aktuelle Hilfen, aber vor allem

beteiligt, aber es können sich auch Private konkret beteiligen.

Seit Oktober 2020 werden beim runden Tisch zum Thema „Ladensterben verhindern – Innenstädte beleben“ im Konsens, dass für lebendige Innenstädte ein attraktiver, florierender Handel unverzichtbar ist, Konzepte entwickelt.

Konkret geht es um die Themen

- „Innenstädte und Digitalisierung des Handels“,
- „kreative Neu-Nutzung leerstehender Ladengeschäfte“ und
- „Entwicklung von Stadtteilkonzepten“,

bei denen der Schwerpunkt auf dem Umgang mit der fortschreitenden Digitalisierung liegt.

Ebenso erwähnenswert ist der Beitrag „Innenstadt“, in dem Vertreter von Gewerbe- und Immobilienverbänden, der Gastronomie, der Kommunalen Spitzenverbände und Bundesministerien zusammenarbeiten, um temporäre Lösungsansätze und ad hoc-Maßnahmen, Leerstandsmanagement, neue Formen der Beteiligung, Strategien mit dem Umgang mit neuen Arbeitswelten (Arbeit 4.0), Mo-

derbarkeit sowie Digitalisierung zu entwickeln.

Onlinehandel und stationärer Handel dürfen nicht als Gegensätze verstanden werden.

Wir werden aber nicht nur über die Konzepte reden müssen, sondern im Rahmen des Haushaltsdebates auch über die damit verbundenen Haushaltsmittel und ich würde mich freuen, wenn wir gemeinsam die Kraft finden, hier zusätzliche Mittel bereitzustellen.

Um über die bestehenden Programme hinaus, konkrete Antworten zur Gestaltung der Stadt der Zukunft zu bekommen, hat die SPD noch einmal 25 Millionen Euro zur Förderung von zehn Kommunen im Haushalt 2021 durchgesetzt, die als Reallabore Machbarkeitsstudien und Umsetzungskonzepte sowie innovative Maßnahmen entwickeln werden, die auch für andere Kommunen anwendbar sind.

Die SPD in der Bundesregierung bleibt Anwältin der Kommunen, sei es in Finanzierungsfragen oder mit weiterer Unterstützung bei der Gestaltung der Stadt der Zukunft.

Die SGK NRW

Der starke Partner in der kommunalen Familie

Wir sind der Zusammenschluss der Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker in der SPD. Die SGK hat das Ziel, sozialdemokratische Grundsätze in der Kommunalpolitik zu verwirklichen. Sie wurde 1972 als eingetragener Verein in Düsseldorf gegründet und hat rund 8.500 Mitglieder aus 580 Fraktionen von Räten, Kreistagen, Bezirksvertretungen, den Landschaftsversammlungen sowie den Regionalräten. Ebenso gehören die sozialdemokratischen (Ober)Bürgermeister/innen sowie Landräte, Beigeordnete, Dezernenten, zahlreiche Abgeordnete und weitere Personen, die in der öffentlichen Verwaltung arbeiten, der SGK an.

Organe der SGK NRW sind der Vorstand und die Landesdelegiertenversammlung, die zu Beginn und zur Hälfte der Kommunalwahlperiode stattfindet. Die nächste Ordentliche Landesdelegiertenversammlung findet 2021 statt.

Politische Stellungnahmen, Beschlüsse des Vorstandes und Veröffentlichungen werden unter anderem von den Experten- und Projektgruppen erarbeitet, die aus Fachpolitikern/innen, Mitgliedern der SGK-Kreisverbände und Gästen zusammengesetzt sind.

Zu den Aufgaben der SGK NRW zählen

- Juristische und politisch-fachliche Beratung der kommunalen SPD-Fraktionen.
- Die Vertretung kommunalpolitischer Interessen gegenüber dem Landtag, dem Bundestag sowie der Landes- und Bundesregierung.
- Kontakte zu kommunalen Spitzenverbänden, Weiterbildungsträgern, anderen kommunalpolitischen Vereinigungen und für die Kommunalpolitik wichtigen Institutionen.
- Der Meinungs- und Erfahrungsaustausch unter sozialdemokratischen Hauptverwaltungsbeamten/innen, Beigeordneten, Fachpolitikern/innen sowie Fraktionsvorsitzenden mit der SPD-Landtagsfraktion.
- Fachveranstaltungen mit Landes- und Bundespolitikern/innen sowie Vertretern/innen von Vereinen und Verbänden mit kommunalpolitischem Bezug.
- Fachpublikationen zur Fortbildung und Information sozialdemokratischer Kommunalpolitiker/innen.
- Zentrale Seminar- und Weiterbildungsangebote für die haupt- und ehrenamtlichen Kommunalpolitiker/innen.



Frank Baranowski
Landesvorsitzender



Bernhard Daldrop MdB
Landesgeschäftsführer



Arno Jansen | Allgemeiner Vertreter
Rechtsberatung, Kommunalfinanzen, Extremismus,
Landesdelegiertenversammlung



Andreas Behncke | Referent
Arbeit, Gesundheit, Soziales, Kultur, Kinder, Jugend,
Familie, Flüchtlinge, Integration, Energie, Umwelt- und
Klimaschutz



Sascha Kudella | Referent
Rechtsberatung, Bauen, Wohnen, Verkehr,
Kommunalverfassungsrecht, Digitalisierung,
Schule und Bildung



Stefan Schmitz | Referent
Kreisverbandsarbeit, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,
Weiterbildung, Seminare, Referentenvermittlung,
Medien, Europa, Sport, Wirtschaft, Digitalisierung



Helene Botinos
Kassenleiterin



Eleonore Wittkop
Sekretärin



Elke Krumbein
Sekretärin



Dietmar Meinert
Techniker

„Die SGK ist für die Kommunalen die Stimme der Sozialdemokratie. Ich bin in der SGK, weil sie für die Kommunen und für mich einen kommunalen Erfahrungsschatz darstellt.“

Michael Stock | Bürgermeister der Stadt Wegberg



„Ich fühle mich von der SGK NRW tatkräftig unterstützt, in meinem neuen Amt als Bürgermeisterin anzukommen und einen guten Job zu machen.“

Sarah Süß | Bürgermeisterin der Gemeinde Steinhagen



Die Fachliteratur der SGK NRW

Gutes Handwerkszeug ist das A und O guter Arbeit vor Ort. Dazu veröffentlicht die SGK NRW Publikationen in der SGK-Schriftenreihe. Ob Nachschlagewerk oder inhaltlicher Leitfaden, die

Fachpublikationen gehören in die Bücherregale der Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker sowie der Kommunalverwaltungen in NRW.



Einen Überblick kann man sich im Online-Shop der SGK NRW verschaffen.



DREI FRAGEN AN ...

Claus Jacobi

Bürgermeister der Stadt Gevelsberg

lerinnen und Wähler mehr als ermüdende Ankündigungspolitik. Die zweite Zutat ist bedingungslose Transparenz, gepaart mit beharrlicher Bürgernähe. Es gibt eigentlich kein Thema, das für die Öffentlichkeit nicht taugt und oft sind die Bürgerinnen und Bürger die besten Ratgeber und Entscheidungsfinder. Unsere Mandatsträger müssen regelmäßig in Öffentlichkeit baden und jedes sich dabei ergebende Bürgergespräch wahrnehmen. Dafür kann man sich etliche interne Sitzungen in Hinterzimmern sparen.

3 Eine persönliche Frage noch: Wie bleibt man mit 87 Prozent Wahlergebnis noch auf dem Boden und authentisch?

Ein herausragendes Wahlergebnis kann man nur erzielen, wenn man auf dem Boden bleibt und zwar in jeder Hinsicht und in jeder Lage. Als ich 2004 gestartet bin, habe ich 63 Prozent erzielt, bei meiner ersten Wiederwahl waren es dann 77,8 Prozent. Als ich 2014 sagenhafte 88 Prozent bekommen habe, habe ich mir gesagt: „Du musst jetzt irgendeinen Weg finden, dass die Leute einen solchen Erfolg langfristig sympathisch finden und auch akzeptieren können.“ Da habe ich mich noch stärker auf das besonnen, was mein Vater mir stets gesagt hat: „Immer schön auf dem Teppich bleiben!“ Dieser Satz hat sich praktisch in mein politisches und persönliches Bewusstsein eingebraut und deshalb weiß ich: In dem Moment, wo du abhebst, hast du schon verloren.

Wir danken für das Gespräch.



© Olya Kobruseva | Pixels

Wille, Plan und viel Herzblut



Von Tim Kurzbach, Oberbürgermeister der Stadt Solingen

Wiederwahl als OB im ersten Wahlgang und nochmals mehr Stimmen für unsere Ratsfraktion: Mit einem Drei-Punkte-Programm konnten wir in Solingen erneut den Landestrend brechen.

Der selben Besonderheit wie 2014/2015 schloss sich am Ende auch der erneute Erfolg an: Die Solinger SPD schickte ihren OB wieder als gemeinsamen rot-grünen Kandidaten ins Rennen, und diesmal reichte schon der erste Wahlgang. Bei einer leichten Zunahme der absoluten Stimmenzahl konnte die Fraktion zudem ihre Stärke im Rat bewahren – trotz enormer grüner Zuwächse.

Selbst mit einem „rot-grünen“ OB-Wahlkampf konnten wir also gemeinsam als Kandidatinnen und Kandidaten gegen den Bundes- und Landestrend für die SPD überzeugen. Ich sehe dafür drei Erfolgsfaktoren, mit denen wir bereits zur Kommunalwahl 2014 angetreten sind: einen klaren persönlichen Plan als Perspektive für die Stadt, eine zugewandte, pragmatische Bündnisfähigkeit mit der gesamten Stadtgesellschaft – und den erkennbaren Willen aller zum Erfolg.

In vielen Gesprächen zeigt sich immer wieder, dass die Bürgerinnen und Bürger diese Punkte in der Bundes- und Landespolitik schmerzlich vermissen: Hinter detailreichen Programmpunkten fehlt ihnen der klare Plan, in den vielen Formelkompromissen der letzten Jahre vermissen sie Glaubwürdigkeit und die Nähe zur Lebenswirklichkeit – und ihnen fehlen die Menschen, denen sie den Satz abnehmen: „Ich kann das. Ich will das. Und ich mache das.“ Mit unseren Wahlkämpfen 2014, 2015 und 2020 wollten wir diesem Mangel die klassischen sozialdemokratischen Tugenden vor Ort entgegensetzen: Nähe, Verstehen, solidarisches Engagement – umgemünzt in: Zuhören, Planen, Machen.

Der Plan, die Perspektive für die Stadt: „Selbstbewusst Solingen“ – raus aus der Negativ-Prägung der letzten Jahrzehnte, hin zu einer wachsenden Stadt, zu Investitionen und Plänen. Ein Versprechen, dem dann schnell sichtbare Programme und Ergebnisse folgten. Pläne messen sich schließlich nur am Erfolg, und den hatten wir stets gemeinsam im Blick.



Abgesichert haben wir diese Arbeit mit dem Zugehen auf viele Akteure der Stadtgesellschaft: Vereine, Kirchen, Künstler, Sozialverbände, Wirtschaft und auch andere Parteien. So ist eine breite Bündnisfähigkeit für Solingen entstanden mit dem OB und seiner SPD als Motor, mit vielen Einzelbündnissen für konkrete Projekte. So ist es uns auch gelungen, anders wahrgenommen zu werden als die SPD in Bund und Land.

Dennoch war und ist uns immer wichtig, dass wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind: Hier vor Ort ist SPD-Politik sichtbar – und nachprüfbar. Auf den OB-Plakaten meine politische Zugehörigkeit nicht deutlich zu machen, wäre daher für uns gar nicht erst infrage gekommen: Sie trugen klar erkennbar unser Parteilogo und das der Grünen.

Wie schädlich öffentliche Debatten über das fehlende optische Bekenntnis von Kandidatinnen und Kandidaten zu ihrer Partei werden können, haben wir dann auch aus verschiedenen Kommunen vernommen. Sie säen Zweifel am politischen Selbstbewusstsein. Denn das ist die dritte tragende Säule unseres Ergebnisses: Der unbändige Siegeswille, die absolute Gewissheit über den Erfolg und die Überzeugung vom gemeinsamen Angebot müssen allen quasi aus jeder Pore dringen – die Wählerinnen und Wähler riechen das förmlich und lassen sich davon im besten Sinne mitreißen.

Eine Partei und ihre Akteure, die etwas bewegen und noch mehr in Gang bringen wollen, ziehen am Ende auch Mitstreiterinnen und Mitstreiter an. Wie in Solingen. Und deshalb glauben wir auch, dass der SPD in den Kommunen bei der Erneuerung unserer Partei eine Schlüsselrolle zukommen muss.



© Olya Kobruseva | Pixels

1 Ihr habt bei der Kommunalwahl entgegen des Trends grandios gewonnen. 63 Prozent SPD-Ergebnis im Rat, Du wurdest mit 87 Prozent im ersten Wahlgang gewählt. Wie habt ihr das gemacht?

Auch wenn es vielleicht zu einfach klingt, wir haben bei der Kommunalwahl 2020 wieder einmal nur das fortgesetzt, was uns jetzt schon über 15 Jahre erfolgreich macht: Eine äußerst bürgernahe Kommunalpolitik, die alle gesellschaftlichen Gruppen unserer Stadt in die Entscheidungsfindung und Willensbildung einbezieht und jedem das Gefühl gibt, bei der SPD vor Ort ernst genommen zu werden und politisch wirklich auch zuhause sein zu können. Bei uns gibt es keine ideologischen Vorbehalte und Scheuklappen. Neben klassischen sozialdemokratischen Klientelen ist es vor allem die gestaltende und arbeitende Mitte der Gesellschaft, die die Programmatik der Gevelsberger SPD bestimmt. Von der Rentnerin über den Facharbeiter bis zum hocheffizienten und gut situierten mittelständischen Unternehmer, in Gevelsberg haben wir als SPD alle mit an Bord. So ist unser Team Gevelsberg das idealtypische Spiegelbild unserer örtlichen Gemeinschaft. Dadurch nimmt man uns authentisch und glaubwürdig wahr und



© Thomas Seuthe

das dürfte wohl der Grund dafür sein, dass bei der letzten Kommunalwahl fast jeder Wähler ein Kreuzchen beim SPD-Kandidaten gemacht hat.

2 Kann man aus Eurem/Deinem Erfolg etwas lernen? Habt Ihr ein Rezept?

Unser Rezept besteht zumindest aus ein paar Grundzutaten, die man verwenden muss, wenn man in einer Kommune erfolgreich sein will. Die wichtigste Zutat ist Geschlossenheit von Bürgermeister, Partei und Fraktion nach innen und nach außen. Das bedeutet nicht, dass man bei der Suche nach den richtigen Konzepten in der Sache nicht hart miteinander ringen sollte, ganz im Gegenteil. Aber wenn das Team SPD sich auf etwas intern verständigt hat, dann muss es geschlossen kommuniziert und vor allem auch umgesetzt werden, denn nichts stört die Wähler

Junge Leute nach vorn!

Von **Rajko Kravanja**, Bürgermeister der Stadt Castrop-Rauxel

Die Kommunalwahl 2020 hat neben spannenden Ergebnissen auch interessante Erkenntnisse hervorgebracht: In Sachen Personalgewinnung und Personalförderung werden wir neue Wege gehen und dieser Herausforderung künftig einen höheren Stellenwert einräumen müssen.



Die Wahlergebnisse haben gezeigt, dass dort, wo wir mit einem guten Team, einem modernen Wahlkampf und mit einer guten Kandidatin oder einem guten Kandidaten angetreten sind, die SPD gute Resultate erzielt hat. Außerdem nimmt die Zuspitzung der Wahlkämpfe auf eine Person immer weiter zu.

Doch nicht nur der zurückliegende Kommunalwahlkampf hat gezeigt, wie dringend wir mehr unverbrauchte – also junge und junggebliebene – Gesichter benötigen, die bereit sind, sich zur Wahl zu stellen oder auch verantwortungsvolle Positionen im Ehrenamt zu übernehmen. Leider kommt es viel zu häufig vor, dass wir eine Beigeordnetenstelle oder Geschäftsführer/innenposti-

on sozialdemokratisch besetzen könnten, aber die Auswahl in den eigenen Reihen kaum noch gegeben ist. Gleiches gilt für Kandidaten/innen für die Ämter Bürgermeister, Landrat oder Oberbürgermeister sowie für die Rats- und Kreistagsmitglieder.

Was ist also zu tun, um geeignete Menschen für hauptamtliche Spitzenämter in Kommunen oder auch Mandate zu gewinnen und zu fördern? Fakt ist: Es gibt genug werthaltige Weiterbildungsmöglichkeiten über unsere eigenen oder uns nahestehende Organisationen. Und nur über entsprechende zielgerichtete Qualifizierungen werden wir unser Humanpotenzial inhaltlich und organisatorisch auf Ballhöhe bringen können. Daneben

benötigen wir gewiss auch eine sozialdemokratische Profilschärfung nicht nur der gesamten Partei, sondern auch unseres Personals. Wofür stehen Sozialdemokraten/innen (in der Kommunalpolitik) im 21. Jahrhundert? Was unterscheidet sie von Konservativen, Ökoliberalen oder Liberalen? Sind sie diejenigen, die vor allem Kümmerer sind, die ihre Politik den Menschen vermitteln können, die sich um progressive Stadtgestaltung kümmern, die letztlich auch bescheiden und bodenständig sind? Sicher, wir wollen als Volkspartei die Breite unserer Gesellschaft abbilden. Aber wir müssen auch unterscheidbar und vor allem wiedererkennbar sein – und das dürfen nicht allein die SPD-Einkaufswagenchips sein...

Doch wie finden wir eigentlich diejenigen, die beruflich oder ehrenamtlich für die beschriebenen Positionen in Frage kommen? Wie finden wir in den vielen Verwaltungen diejenigen, die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aus Überzeugung sind und in einigen Jahren Verantwortung übernehmen könnten? Wie finden wir diejenigen, die vielleicht gerade in einer Lebensphase sind, in der sie nicht weiterkommen, aber für die Sozialdemokratie vor Ort in ein paar Jahren wichtig werden könnten?

Hierfür benötigen wir eine Neuaufstellung innerhalb aller Ebenen der Sozialdemokratie. Zugegebenermaßen ist das ein schmaler Grat: Zum einen darf die bewusste Suche nach Personal nicht vor allem den Eindruck als Elitenförderung vermitteln und gleichzeitig muss es uns etwas wert sein, geeignetes Personal für die Führung und Administration in den Kommunen und in der Partei zu identifizieren.

Konkret: Wir benötigen ein Scoutingssystem, das sich regelmäßig mit Menschen beschäftigt, die ein Parteibuch besitzen – oder

vielleicht auch noch nicht. Wir haben rund 100.000 Mitglieder in NRW. Darunter sind viele Genoss/innen, die für ein Amt oder eine Position im obigen Sinne in Frage kommen könnten, die wir aber entweder nicht auf dem Schirm haben oder andererseits vielleicht gar nicht wissen, dass wir sie suchen.

Dazu benötigen wir eine bessere Vernetzung von Menschen, die sich auch in der Perspektive vorstellen können, Verantwortung zu übernehmen. Wir brauchen eine dynamische Personalbörse, in der wir unsere Besten finden können. Unser Anspruch als Sozialdemokratie muss es sein, dass wir wieder jede Personalanfrage auch mit mindestens einem guten Angebot beantworten können.

Wenn wir möchten, dass die SPD wieder stark in die nächsten Jahre gehen kann, dann sind die Erfolge eng mit geeignetem Personal verknüpft. Wir werden also sehr zeitnah die Ärmel hochkrempeln und uns deutlich intensiver als bisher mit der Suche nach und Qualifizierung von kommunalpolitischem Nachwuchs befassen müssen. Die Arbeit beginnt genau jetzt!



Zusammen sind wir Herford – Kommunikation als Aufgabe

Von **Tim Kähler**, Bürgermeister der Stadt Herford

Jeder Kommunalwahlkampf hat seine eigenen Gesetze. In den Städten, Gemeinden und Kreisen sind unterschiedliche Themenkomplexe relevant. Deshalb muss jeder Wahlkampf für jede Kommune passgenau und individuell geschneidert werden. Dazu kommen die allgemeinen Rahmenbedingungen, wie u.a. der Trend an Zustimmung zur Partei und weitere aktuelle Themenstellungen. Was macht also einen guten Wahlkampf aus? Er muss gut geplant sein, professionell auf der Höhe der Zeit umgesetzt werden und alle Beteiligten müssen zu 100 Prozent hinter der Sache und den Kandidatinnen und Kandidaten stehen.

Der Wahlkampf beginnt mindestens ein Jahr vor dem Wahltermin, indem eine professionelle Wahlkampfbegleitung eingesetzt wird. Wir haben bereits im Kommunalwahlkampf 2014 auf externe Profis gesetzt und damit gute Erfahrungen gemacht, sodass wir auch in diesem Jahr nochmals auf diese

setzen konnten und wollten. Gemeinsam mit den Führungspersonen wurde ein Seminar für die künftigen Kandidierenden vorbereitet, um persönliche Stärken herauszuarbeiten, (Gewinner-)Themen aufzuzeigen und festzulegen, wer das Wahlkampfteam bildet.

Die Unterstützung von Profis ist wesentlich, um aus dem eigenen Mikrokosmos herauszukommen und zu analysieren, was die Menschen bewegt. Dazu wurden passende Themen herausgearbeitet und es wurde deutlich, dass die Wahl in Herford nur mit „Herforder Themen“ zu gewinnen ist. Es entstand ein knackiges Kurzprogramm und Themenblöcke, die so formuliert wurden, dass sie für eine moderne mediale Verwertung nutzbar sind. Am Ende konnte eine Erfolgsgeschichte aufgezeigt werden mit großem Selbstbewusstsein und Leistungsbilanzen, die zeigen, dass die SPD Herford und ihr Bürgermeister gemeinsam für die positive Entwicklung der letzten Jahre

verantwortlich sind und es auch weiterhin sein sollten.

Aufgrund der schlechten Umfrageergebnisse auf Bundes- und Landesebene wurde strategisch entschieden, die Ratsmandate möglichst direkt zu gewinnen und über Persönlichkeiten und gesellschaftliches Engagement Stimmen für die SPD zu gewinnen. Die Kernfrage also: Welche Botschaft sende ich, wenn ich an der Haustür klinge? Hier erfolgte die Ausarbeitung von Themen und gezielte Schulungen der Kandidierenden, um Sie im Auftritt an Haustüren und Infoständen fit zu machen. Der erste Eindruck zählt bekanntlich und so gilt es Kleidung und Farben wirken zu lassen und gemeinsam mit Authentizität für einen grundlegend überzeugenden Auftritt zu sorgen. Zu guter Letzt muss dann nur noch die Frage beantwortet werden, wer welches Thema glaubwürdig und kompetent besetzen kann, auch wenn es manchmal nicht das Lieblingsthema ist.



Der digitale Auftritt gehört heute selbstverständlich dazu. Deshalb wurde hier in weitere Unterstützung von Profis investiert. Der gesamte Auftritt der SPD wurde neugestaltet, Twitter aktiv genutzt und das persönliche Moment der Kandidierenden in Filmen dargestellt. Zum Zeitpunkt der Entscheidung war noch nicht klar, dass dies eine der wenigen Wahlkampfmöglichkeiten in 2020 sein sollte. Durch das gezielte Themensetting und die Verknüpfung der Botschaften mit der Kampagne und Veranstaltungen gelang es, eine große digitale Präsenz zu erzeugen.

Was auch für die Kandidierenden wichtig war: ein Wahlkampf mit einem Augenzwinkern. Warum nicht eine Verlosung durchführen? Wir wollten, dass die Menschen unser Programm mitschreiben. Also wurde eine Postkartenaktion mit Bitte um Vorschläge gemacht,

motiviert durch eine Verlosung von Wein und einem Puzzle für einen netten Abend. Der Rücklauf war grandios und es beteiligten sich über 2500 Bürgerinnen und Bürger an der Programmentwicklung. Den stärksten Absatz fanden übrigens „Motto-Postkarten“, die plötzlich überall auffindbar waren. Ein Spruch: "Die Coolsten kommen aus Herford" traf es genau.

Und das Ergebnis kann sich sehen lassen: Die SPD erzielte in Herford 32,08 Prozent und ist weiterhin zweitstärkste Partei. Zusammen mit dem Bürgermeister hat sie 15 Sitze und ist mit der CDU gleichauf. Der Bürgermeister wurde mit fast 53 Prozent im ersten Wahlgang bei sechs Kandidierenden direkt wiedergewählt. Von 14 Ratsmandaten wurden 13 direkt gewonnen. Somit ist klar: Die SPD kann jede Kommunalwahl erfolgreich bestehen, wenn sie modern, frech, authentisch, selbstbewusst und vor allem professionell sachorientiert arbeitet.

Beispiel professioneller und emotionaler visueller Unterstützung im Wahlkampf.

Digitaler SGK-Meinungsaustausch

Landtagsfraktion im digitalen Austausch mit den sozialdemokratischen Hauptverwaltungsbeamtinnen und -beamten in NRW

Ende November trafen sich auf Einladung der SGK NRW die sozialdemokratischen Hauptverwaltungsbeamtinnen und -beamten mit dem Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion Thomas Kutschat sowie weiteren Vertretern der Fraktion zum virtuellen Meinungsaustausch.

Im Mittelpunkt der rund zweistündigen Diskussion stand das missglückte Krisenmanagement der Landesregierung, insbesondere im Hinblick auf die derzeitige Schulpolitik. Beispielhaft erläuterte Tim Kurzbach, Oberbürgermeister der Stadt Solingen, das „Solinger-Modell“, Schulklas-

sen zu teilen und je zur Hälfte aus der Distanz und vor Ort zu beschulen, um die explodierenden Verdachts- und Infektionszahlen in den Griff zu kriegen. Dies wurde zunächst von Schulministerin Yvonne Gebauer kaschiert, um dann in der letzten Ministerpräsidentenkonferenz mit

der Kanzlerin zu beschließen, dieses Modell ab der achten Klasse und einem Inzidenzwert von 200 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohnern in der Woche bundesweit einzuführen. Solingen hat, Stand 26.11.2020, einen Inzidenzwert von 222,9. Des Weiteren haben die Teilnehmenden miteinander vereinbart, Verbesserungsvorschläge aus der kommunalen Familie unmittelbar an die Landtagsfraktion zu richten,



um diese in die Arbeit der Fraktion einfließen zu lassen.

Auch in Zeiten von Corona bietet die SGK regelmäßige digitale Meinungsaustausche für Hauptverwaltungsbeamtinnen und –

beamte, Beigeordnete, Fraktionsvorsitzende sowie Fachpolitikerinnen und Fachpolitiker an. Gerne greifen wir dazu auch Themen auf, die in Euren Regionen aktuell sind, meldet Euch dazu bei uns.



Expertengruppe
Kommunalverfassungsrecht

Diskussion über Entschädigungsverordnung

Die anstehende Änderung der Entschädigungsverordnung nutzte die SGK-Expertengruppe Kommunalverfassungsrecht unter der Leitung von Marion Weike zu einem digitalen Treffen. In einer ausführlichen Diskussion ha-

ben die Expertinnen und Experten Vorschläge zur Änderung der Entschädigungsverordnung diskutiert. Auch Lösungsvorschläge zu praxisrelevanten Problemen, beispielsweise mit der zusätzlichen Aufwandsentschädi-

gung für Ausschussvorsitzende bei der Zahlung als Sitzungsgeld, wurden beraten. Die erarbeiteten Vorschläge werden in die Stellungnahme der SGK NRW einfließen und dem Ministerium übermittelt.



Entschädigungsverordnung



Pünktlich zu Beginn dieser Wahlperiode am 1. November ist die Entschädigungsverordnung (EntschVO) turnusmäßig geändert worden. Das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung NRW (MHKBG) hat die Höhe der Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder neu berechnet und diese auf

der Basis der Preissteigerung ausgewählter Waren und Dienstleistungen um 4,3 Prozent angehoben. Des Weiteren zeichnet die EntschVO nun die Möglichkeit aus der Gemeindeordnung (§ 46 Abs. 2 Nr. 2 GO NRW) nach, den Vorsitzenden von einzelnen oder sämtlichen Ausschüssen – mit Ausnahme des Wahlprüfungs-

ausschusses – die Aufwandsentschädigung als Sitzungsgeld zu zahlen. Für diesen Fall legt die EntschVO die Höhe auf den einfachen Satz der sogenannten großen Pauschale für Gemeinden beziehungsweise Kreisen gleicher Größe fest.

Das MHKBG hat für Anfang April eine weitere Änderung der Entschädigungsverordnung angekündigt. Diese dürfte weitreichendere Änderungen mit sich bringen als die aktuelle Anpassung an den Preisindex. In diesem Zusammenhang bittet die SGK-Geschäftsstelle darum Änderungsbedarfe oder Probleme mit der EntschVO zu melden, damit diese in eine Stellungnahme einfließen können.

Jetzt für den Newsletter der gpaNRW anmelden!

Redaktionelle Anzeige

Zum 1. Januar 2003 wurde die Gemeindeprüfungsanstalt NRW (gpaNRW) mit Sitz in Herne als Teil der allgemeinen Aufsicht des Landes über die Kommunen gegründet. Ihr gesetzlicher Auftrag ist es, in einem regelmäßigen Turnus die Kommunen des Landes NRW mit Blick auf Rechtmäßigkeit, Sachgerechtigkeit und Wirtschaftlichkeit des Verwaltungshandelns zu prüfen. Dies kann auch auf vergleichender Grundlage geschehen.

gpaNRW

Auf Wunsch berät und unterstützt die gpaNRW die kommunale Familie in Themenfeldern wie dem Vergabewesen, der Digitalisierung oder Organisations- und Steuerungsoptimierungen in der Verwaltung. Die überörtliche Prüfung und die Beratung der gpaNRW haben insbesondere zum Ziel, die kommunale Selbstverwaltung zu unterstützen, zu stärken und fortzuentwickeln.

Zur Öffentlichkeitsarbeit der Gemeindeprüfungsanstalt NRW gehört seit zwei Jahren die Herausgabe eines Newsletters, der mehrmals im Jahr insbesondere für kommunale Amts- und ehrenamtliche Mandatsträger wertvolle Tipps, weiterführende Hin-

weise und aktuelle Informationen für die Arbeit vor Ort enthält. Auf der Homepage der Gemeindeprüfungsanstalt NRW unter gpanrw.de ist eine Anmeldung zum Newsletter unkompliziert möglich. „Nach den Kommunalwahlen im September und der Neukonstituierung der Räte und Kreistage im November wollen wir in den nächsten gpa-Newslettern insbesondere Themen aufgreifen, die gezielt für neugewählte Stadtspitzen und ehrenamtlich tätige kommunale Mandatsträger besonders von Interesse sein können“, betont der Präsident der gpaNRW, Heinrich Böckelühr, der selbst auf eine 18-jährige Tätigkeit als Bürgermeister zurückblicken kann.

IMPRESSUM Die Kommunale Zeitung

Herausgeber:
Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik in NRW e.V. (SGK NRW)
Elisabethstraße 16, 40217 Düsseldorf
Tel.: 0211-876747-0
Fax: 0211-876747-27
info@sgk-nrw.de

www.diekommunale.de
Facebook: facebook.com/SGKNRW
Verantwortlich (auch für Anzeigen):
Bernhard Daldrup,
Landesgeschäftsführer der SGK NRW
Satz und Gestaltung:
SGK NRW, Postfach 20 07 04,
40104 Düsseldorf

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der SGK NRW wieder. Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

HOL'S DIR!



SGK-Schriftenreihe Band 43

Das Kommunallexikon

Ein Leitfaden für die kommunalpolitische Praxis

Unser neuer Praxisleitfaden „Das Kommunallexikon“ aus der SGK-Schriftenreihe ist das Nachfolgewerk unseres mehrfach aufgelegten Nachschlagewerks „Kommunalpolitik von A bis Z“.

Das Kommunallexikon soll eine Hilfe für kommunalpolitisch Aktive sein, egal ob Ratsmitglied oder interessierte Bürgerinnen und Bürger, die sich aktiv in der Kommunalpolitik engagieren möchten.

Wir wissen: **Gute Kommunalpolitik wird vor Ort gemacht.** Wer kommunalpolitisch gestalten will, muss wissen, wie es geht. Unser Kommunallexikon sollte deshalb „griffbereit“ zum festen Bestandteil guter Fachliteratur aller Kommunalpolitiker und Kommunalpolitikerinnen gehören.

Sollen wir etwas besser machen? Fehlt etwas? Wir nehmen gerne Anregungen für die nächste Auflage an!

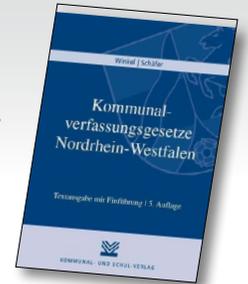
Preis: 15 Euro
 SGK-Mitgliederpreis: 10 Euro
 Mengenpreis ab 10 Stück

Alle Bücher der SGK-Schriftenreihe sind bei uns www.sgk.nrw im Online-Shop zu bestellen.



HIER ONLINE BESTELLEN!

KOMMUNALVERFASSUNGSGESETZE NORDRHEIN-WESTFALEN



Textausgabe mit Einführung von Johannes Winkel und Roland Schäfer, Kommunal- und Schulverlag, 5. Auflage, 2020, 312 Seiten, Taschenformat (16,6 cm x 11,5 cm), kartoniert, ISBN: 978-3-8293-1488-6, 12,80 Euro

Die in dieser Ausgabe abgedruckten Gesetzestexte – Gemeindeordnung, Kreisordnung, Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit, Kommunalwahlgesetz, Eingruppierungsverordnung, Entschädigungsverordnung, Verordnung zur Durchführung eines Bürgerentscheides und Bekanntmachungsverordnung – bilden eine gute Grundlage für die praktische Alltagsarbeit der Gebietskörperschaften, kommunalen Verbände, Fraktionen, Mandatsträger/innen in Nordrhein-Westfalen.

Die Neuauflage enthält die in den letzten Jahren beschlossenen Gesetzesänderungen.

Weiterhin sind die aktualisierte Eingruppierungsverordnung und Entschädigungsverordnung enthalten. Die Einführung gibt ei-

nen aktuellen Überblick über den Stand der kommunalen Selbstverwaltung und zu den wichtigsten kommunalverfassungs- und kommunalwahlrechtlichen Bestimmungen in Nordrhein-Westfalen.

Der Titel ist ein Nachschlagewerk für die gesamte kommunale Praxis.

Die Zusammenstellung der Texte ist von Johannes Winkel, Ministerialdirigent und Leiter der Abteilung Verfassung, Wahlen, Datenschutz, Verwaltungsrecht im Innenministerium Nordrhein-Westfalen und von Roland Schäfer, Bürgermeister der Stadt Bergkamen, Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und 1. Vizepräsident des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen.



Landschaftsverband Rheinland

Der LVR ist lebendig, vielfältig und zukunftsorientiert – wie die Menschen im Rheinland.

www.lvr.de



Lebensqualität sichern, Dienstleistungen stärker wertschätzen!

Eine erfolgreiche Sozialdemokratie besetzt den Arbeitsbegriff – ein Begriff, der sich im Laufe der Zeit immer wandelt. Ein Wandel, der von der Sozialdemokratie gestaltet werden muss.

Wer Arbeit immer wieder neu betrachtet, kommt an Dienstleistungen nicht vorbei. In diesem Arbeitssektor gestalten sieben Millionen Menschen in NRW – etwa 75 Prozent der Beschäftigten – jeden Tag unser aller Zusammenleben.

Ob im Handel, im Krankenhaus, in Arztpraxen, in Büros, im Bus, im LKW, in den Schulen und Kitas, im Einzelhandel, der Gastronomie, in den Ämtern oder bei der Polizei – diese Menschen erarbeiten jeden Tag Lebensqualität. Lebensqualität für uns alle. Also darf auch ihre Lebensqualität nicht darunter leiden.

**Diese Arbeit verdient mehr als nur Applaus.
Eine wirkliche Wertschätzung für Dienstleistungsberufe setzt politische Akzente.**



GUTE ARBEIT ERFORDERT EINEN ORDNUNGSPOLITISCHEN RAHMEN:

Ungeregelte Arbeitsverhältnisse sind im Dienstleistungssektor zu stark verbreitet. Es braucht eine Stärkung der Tarifpartnerschaften und der betrieblichen Mitbestimmung, einen zeitgemäßen Arbeitsschutz, mehr Kontrollen zur Einhaltung von Mindestlöhnen, eine Regulierung der Scheinselbstständigkeit.



DIGITALE TRANSFORMATION:

Eine humane, sozial ausgewogene und zukunftsfähige Gestaltung der Arbeitswelt nutzt die Potenziale der Digitalisierung, um monotone und körperlich belastende Tätigkeiten deutlich zu reduzieren. Dies führt dazu, dass die Menschen im Arbeitsprozess mehr Wertschätzung erfahren, bessere Arbeitsbedingungen haben und länger gesund bleiben.



CHANCEN UND GLEICHSTELLUNG:

Gerade in der sozialen Dienstleistung werden Frauen bei gleichwertiger Arbeit häufig sehr viel schlechter bezahlt als Männer – bis zu 50 Prozent! Es braucht fairere Gehaltsstrukturen und Karrierechancen unabhängig von Geschlecht oder Herkunft.



BEZAHLBARES WOHNEN, LEBENSWERTE NACHBARSCHAFT UND ATTRAKTIVER ÖPNV:

Dienstleistungsberufe prägen vor allem den Alltag in den Zentren unserer Kommunen. Das heißt: Bezahlbare Mieten, eine lebenswerte Nachbarschaft und ein gutes ÖPNV-Angebot sind für sie eine absolute Notwendigkeit.



THOMAS KUTSCHATY

Fraktionsvorsitzender

**„Es braucht den sozialen
Fortschritt, um den
technologischen Fortschritt
möglich zu machen.“**

**Mit einer progressiven
Politik für gute Arbeit
in der Dienstleistung setzen
wir hierfür den Rahmen.
Deshalb erarbeiten wir
dafür neue sozialdemokratische
Leitlinien – gemeinsam für
den Aufbruch in NRW.“**

Weitere Infos unter:

www.spd-fraktion-nrw.de